

## **Ausbeutung für billiges Fleisch - nicht nur die Tiere sind betroffen**

Wir setzen heute hier ein Zeichen. Ein Zeichen der Solidarität mit den Schlachtfabrikarbeiter\*innen, aber auch allen anderen Arbeiter\*innen, die für die Gewinne einiger weniger unter widrigsten Umständen arbeiten müssen. Und wir setzen ein Zeichen unseres Protestes gegen die hemmungslose Ausbeutung von Tieren und der Umwelt im Namen des Profits.

Vorweg sei gesagt: wir achten dabei auf unserer aller Gesundheit und halten Hygienemaßnahmen ein, aber hinterlassen nichtsdestotrotz unsere Spuren im öffentlichen Raum.

Die Machenschaften von Vion, PHW, Westfleisch und co. haben nämlich nicht nur Auswirkungen auf die Tiere und die Umwelt, sondern auch auf die Arbeiter\*innen in den Schlacht- und Zerlegefabriken der Fleischindustrie. Betroffen sind vor allem Arbeiter\*innen aus Rumänien, Bulgarien und Polen. Die Arbeiter\*innen schufteten oft unter hohem Druck, zu Niedriglöhnen und müssen in beengten und schmutzigen Sammelunterkünften hausen, für die sie auch noch Abzocker-Mieten zahlen müssen.

### ***(Arbeiten mit Werkverträgen im Hochlohnland Deutschland)***

Die Arbeit in den Schlachtfabriken ist harte Knochenarbeit. Zehntausende Arbeitskräfte aus Osteuropa halten die Produktion hierzulande am Laufen. Die Konzerne heuern diese Menschen zumeist über Subunternehmen an, die sie über Werkverträge beauftragen. Und das sind meist Subunternehmer, die oft nicht mehr haben als einen Briefkasten.

Die Beschäftigten in der Fleischindustrie werden über diese Werkverträge, die keine deutsche Sozialversicherung beinhalten, maximal ausgebeutet.

Offiziell gilt zwar auch für solche Beschäftigte der deutsche Mindestlohn, aber der wird Experten zufolge durch zu hohe oder ungerechtfertigte Abzüge häufig umgangen.

Die Tierindustrie und dubiose Vermittlerfirmen bereichern sich prächtig an ihnen.

Es gibt illegale Lohnabzüge für Messer und Arbeitsbekleidung. Es werden weniger Stunden bezahlt, als die Leute tatsächlich arbeiten, Umkleide- und Wegezeiten, Zeiten, die die Leute brauchen, um die Messer zu schärfen, sogar Zeiten, in denen die Fließbänder aus technischen Gründen stillstehen, werden oft nicht bezahlt. Auch durch unbezahlte Überstunden sowie Abzüge wegen angeblicher Fehler bei der Arbeit wird der Mindestlohn unterlaufen. Auch seien überlange Arbeitszeiten und Verstöße gegen die Sicherheitsregeln an der Tagesordnung.

### ***(Arbeiter\*innen können sich nicht wehren)***

Die Subunternehmer organisieren zumeist auch die Unterkünfte und knöpfen den Arbeiter\*innen für zum Teil menschenunwürdige Sammelunterkünfte völlig überhöhte Mieten ab. Bei diesen Unterkünften handelt es sich zumeist um Schrottimmobilien und Bruchbuden, die vollgestopft werden.

Diese Menschen sind nicht selten der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt. Sie kommen zwar freiwillig, aber aus Not, und sie haben keinerlei Lobby.

Die Arbeiter\*innen sind auf das Geld angewiesen, können sich aber, in einem fremden Land und oftmals ohne Sprachkenntnisse, nicht wirklich wehren. Sie werden unter Druck gesetzt, häufig werden ihnen die Pässe abgenommen.

Wer das Spiel nicht mitspielt, wird ausgetauscht. Die Armut der Menschen wird schamlos ausgenutzt. Die deutschen Fleischbetriebe schauen bei all dem nur allzu gerne weg. Hauptsache, es kommt genug Nachschub an billigen und willigen Arbeitskräften und der Gewinn sprudelt.

### ***(Corona verschlimmert die Situation noch)***

Dann brach Corona unter den Arbeiter\*innen aus und offenbart einmal mehr die Schattenseiten der Fleischindustrie und auch des kapitalistischen Systems.

Wie in fast jeder gesellschaftlichen Krise trifft es auch in der Corona-Krise vor allem die Menschen, die in dieser Gesellschaft ganz unten stehen – wie die Arbeitsmigrant\*innen in den Schlacht- und Zerlegebetrieben der Fleischindustrie.

Appelle von Gewerkschaften und Arbeitsrechtsinitiativen, welche die Ergreifung von Maßnahmen zum Schutz der Arbeitsmigrant\*innen vor Corona-Infektionen forderten, wurden ignoriert und es kam, wie es kommen musste: In Schlachtfabriken, unter anderem von Vion (2019 rund 5,1 Milliarden Euro Umsatz), Westfleisch (Umsatz 2,79 Milliarden Euro), Müller-Fleisch (500 Millionen Euro Umsatz) und

PHW/Wiesenhof (Umsatz im Geschäftsjahr 2018/19 2,69 Milliarden Euro) haben sich insgesamt bereits tausende Arbeiter\*innen mit Corona infiziert.

Die Arbeiter\*innen können sich wegen der ausbeuterischen Arbeitsbedingungen nicht einmal vor dem Virus schützen: Fehlende Schutzausrüstungen, welche ihnen nicht nur zu Coronazeiten verwehrt werden, das Nichteinhalten von Abstandsregeln, gesundheitsbelastende Schwerstarbeit mit 12-Stunden-Schichten an 6 Tagen die Woche. Genauso sind sie in den überbelegten Sammelunterkünften und den überfüllten Sammeltransportern, die sie zur Arbeit bringen, einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt.

Die Arbeiter\*innen hatten schon vorher Angst, sich überhaupt krankschreiben zu lassen. Die Frage ist, wer dafür aufkommt, wenn sie jetzt in Quarantäne gehen. Werden sie noch bezahlt? Rein rechtlich müssten die Subunternehmer das übernehmen.

Die Industrie wiederum wiegelt ab:

- Wahlweise kritisieren sie das Vorgehen der Behörden;
- oder sie verharmlosen wie Tönnies: wie in Krankenhäusern oder Pflegeheimen bleibe halt „ein Restrisiko“;
- oder sie sehen keinerlei Probleme in dem allen: Heike Harstick, Geschäftsführerin des Verbands der Fleischwirtschaft, stellt fest, dass „nicht vor allem die Arbeitsbedingungen schuld an den Corona-Ausbrüchen“ seien;
- und/oder sie sehen die Verantwortung für die Corona-Ausbrüche in Ihrem menschenfeindlichen und rassistischem Weltbild gar bei den Beschäftigten selbst: Die Rumänen seien halt ein geselliges Volk, es werde viel gefeiert, wie Stefan Müller, Geschäftsführer von Müller Fleisch, feststellt. Müller Fleisch lehnt übrigens auch eine Beteiligung an den Kosten der Quarantänemaßnahmen ab.

Übrigens bewahrheiten sich die schlimmen Befürchtungen von Arbeitsrechtsinitiativen vor Corona-Ausbrüchen bei Arbeiter\*innen in der Tierindustrie nicht nur in Deutschland: auch international mehren sich Berichte über stark steigende Infektionszahlen in Schlachtbetrieben.

Dabei verschlimmert sich die Situation der Arbeiter\*innen in der Tierindustrie und auch generell in prekären Jobs durch Corona nicht nur hinsichtlich der gesundheitlichen Risiken. Es kommt zu immer weiteren Arbeitsrechts-Aushöhlungen, bestehende Rechte sind effektiv noch schwerer zu erkämpfen.

Solange entsprechende Schutzmaßnahmen nicht erfüllt werden, ist mit weiteren Ausbrüchen zu rechnen. Laut den Behörden haben die Konzerne die Situation aber unter Kontrolle und für den Profit einiger weniger darf munter weiter geschlachtet werden. Erst nach einem öffentlichem Aufschrei wurde gehandelt und Schlachtfabriken dort vorübergehend geschlossen, wo es dann gar nicht mehr anders ging. Wie immer im kapitalistischen System spielen die Bedürfnisse von Mensch, Tier und Umwelt keine Rolle, solange sie dem Profit im Wege stehen

### ***(Trotz alledem winken fette Subvention)***

Zeitgleich werden Konzerne der Tierindustrie als systemrelevant eingestuft, obwohl die Lebensmittelversorgung auch ohne sie auskäme. Und sie profitieren zudem von zusätzlichen staatlichen Maßnahmen. Dabei wird die Branche eh schon stark subventioniert.

Und nachdem die EU bereits im April ein Corona-Förderpaket für die Tierindustrie auf den Weg gebracht hatte, fordern nun einige Mitgliedsstaaten weitere Gelder. Das alles, während sich gerade eine breite gesellschaftliche Debatte über die miserablen Bedingungen der Arbeiter\*innen in der Tierindustrie entzündet. Was jetzt anstelle von Marktstützungen erforderlich wäre, sind Sofortmaßnahmen zum Schutz der Arbeiter\*innen und Gelder für einen Strukturwandel weg von der Tierindustrie.

### ***(Doch die Politik reagiert mit harter Hand)***

Schlachtkonzerne und auch die Politik machen es wie immer ziemlich leicht und wälzen die Verantwortung für die Missstände auf Subunternehmer ab. Das mag rechtlich korrekt sein, nicht aber moralisch. Arbeitgeber haben eine Fürsorgepflicht gegenüber all ihren Beschäftigten – seien sie direkt angestellt oder indirekt. Die Missstände sind lange bekannt, aber geändert hat sich auch nach der Selbstverpflichtung der Branche 2015, mit welcher die großen Betriebe versprachen, den Anteil der Stammbeschäftigten zu erhöhen, wenig.

Doch da der Tierindustrie zurzeit ungewöhnlich viel öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird, zieht die Politik die Zügel an:

"Wir dürfen als Gesellschaft nicht weiter zugucken, wie Menschen aus Mittel- und Osteuropa in dieser Gesellschaft ausgebeutet werden", sprach Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Das Subunternehmertum in der Fleischbranche sei dabei die "Wurzel des Übels". Heil sagte: "Wir werden aufräumen mit diesen Verhältnissen."

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU), forderte wie der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), Bußgelder bei Arbeitszeitverstößen in Schlachthöfen deutlich anzuheben. „Der Bußgeldrahmen sollte von 15.000 auf 30.000 Euro erhöht werden“, forderte Klöckner. Für die milliardenschweren Konzerne sind das sicherlich horrenden Summen, die wahrlich abschrecken, sollte denn mal kontrolliert werden.

Bislang war es mit den Kontrollen ganz offensichtlich eh nicht weit her.

Laut einer offiziellen Antwort auf eine Anfrage der Linken sei die Zahl der Betriebsbesichtigungen durch Arbeitsschutzbehörden in NRW zwischen 2008 und 2018 um mehr als ein Drittel gesunken. Im Durchschnitt werde ein Betrieb nur alle 25 Jahre kontrolliert.

Dies zeigt, wie ernst es den Politikern immer wieder ist. Es ist alles lange bekannt, längst hätte gegengesteuert werden können.

Vor diesem Hintergrund sollte mensch auch auf das angekündigte Ende der Werkverträge ab 2021 nicht allzuviel geben. Noch ist dies nur eine Ankündigung, wer weiß wie es denn dann gesetzlich und in der Praxis umgesetzt wird. Wirtschaft und Politik Hand in Hand haben bislang noch immer Lösungen gefunden um Gesetze zu verwässern, Schlupflöcher zuzulassen und Gesetze zu umgehen.

### **(System Change)**

Der politische Wille, etwas zu ändern, scheint also nicht sehr groß zu sein.

Die Krokodilstränen der Politiker werden bald versiegen und alles geht weiter wie bisher.

Und von der Industrie haben wir sowieso nichts zu erwarten. Deren einziges Ziel ist das Anhäufen von Gewinnen.

Mit unseren Aktionen verdeutlichen wir deshalb, dass jetzt folgende Sofortmaßnahmen dringend erforderlich sind:

- Die Tierindustrie muss heruntergefahren werden, um eine weitere Ansteckungen mit Corona zu vermeiden.
- Die Arbeiter\*innen müssen bei Betriebsschließungen finanziell, sozial und gesundheitlich abgesichert werden – auf Kosten der Konzerne.
- Den Arbeiter\*innen muss, nicht nur jetzt, Wohnraum bereitgestellt werden, der eine würdige und den Erfordernissen der Corona-Situation genügende Unterbringung ermöglicht, z.B. in Hotels, Ferienwohnungen oder leerstehenden Wohnungen.

Doch die Arbeiter\*innen sind nicht nur in Zeiten von Corona krassen Bedingungen ausgesetzt. Vielmehr werden die Arbeiter\*innen von der Tierindustrie im Sinne der Profitmaximierung bis zum äußersten ausgebeutet. Was es daher braucht, ist die Abschaffung der Tierindustrie:

- Sofortiges, vom Vermögen der Tierindustrie finanziertes solidarisches Strukturwandelprogramm für bislang stark von der Tierindustrie dominierte Regionen.
- Enteignung der Tierindustrie-Konzerne und die Umstellung der Anlagen in ökologisch verträgliche und solidarische Pflanzenproduktionsstätten unter der Selbstverwaltung der Arbeiter\*innen.
- Umfassende Agrarwende hin zu einer solidarischen und ökologischen Produktions- und Organisationsweise, die nicht auf Kosten anderer fühlender Individuen erfolgt und nicht am Gewinn orientiert ist.

In diesem System jedoch sind das Leben und die Bedürfnisse sowohl von Menschen als auch von Tieren der Profitmaximierung gänzlich untergeordnet. Wir müssen also beachten, dass wir dies innerhalb dieses Systems nicht ändern können. Daher muss ein System Change her, und kein Hoffen auf guten Willen der Wirtschaft oder Reförmchen der Politik.

(Parolen, z. B. **Menschen und Tiere sind kein Kapital**)